



**Kreistagsfraktion
Waldeck-Frankenberg**

AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg, Rosenstraße 4, 34513 Waldeck

An den Kreistagsvorsitzenden
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
Herr Rainer Hesse
Südring 2
34497 Korbach

08.11.2022

**9 § Resolutionsantrag der AfD-Fraktion
Sofortiger Aufnahmestopp !
Keine weitere Aufnahme von Flüchtlingen im Landkreis Waldeck-Frankenberg**

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Hesse,

wir bitten Sie den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung zu setzen:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat und die Kreisverwaltung werden beauftragt zusammen mit den Bürgermeistern aller Gemeinden im Landkreis Waldeck-Frankenberg eine Resolution an die Landesregierung Hessen zu verfassen, nach der unverzüglich unter besonderer Berücksichtigung der bereits bestehenden Überbelastung des Landkreises und der Kommunen im Zuständigkeitsbereich des Landkreises Waldeck-Frankenberg keine Flüchtlinge und Asylbewerber mehr zugeteilt werden.

Ein entsprechender Entwurf eines Resolutionstextes ist dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung umgehend vorzulegen.

Begründung:

Uns ist durchaus bekannt, dass die Bundesländer gesetzlich zur Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern verpflichtet sind. Die Verteilung erfolgt über den sogenannten "Königsteiner Schlüssel" und demgemäß bringen die Bundesländer die Asylbewerber solange in Erstaufnahmeeinrichtungen unter, bis diese durch Anerkennung durch das BAMF auf die Kommunen verteilt werden. Die Kreise nehmen somit zwar keine Flüchtlinge unmittelbar auf, sondern arbeiten eher in koordinierender Funktion.

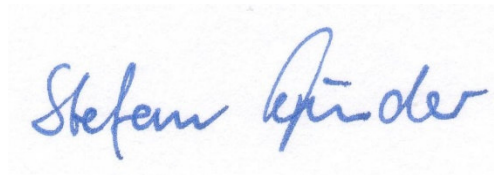
Dennoch sind die Bürger und Kommunen im Landkreis unmittelbar von den Auswirkungen der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen betroffen.

- Kapazitäten für Aufnahme in den Kommunen sind weitestgehend erschöpft
- Integrationsvermögen der Gesellschaft ist erschöpft.
- Betreuungsvermögen, insbesondere von Minderjährigen ist weitestgehend ausgeschöpft.

- Krankenkassen und Sozialkassen sind verschuldet und völlig überlastet.
- In manchen Kommunen wird bereits über Zwangsenteignung von Wohnungen nachgedacht.
- Deutschlandweit werden jährlich ca. 50 - 60 Milliarden Euro Steuergelder aufgebracht für Migranten, Asylanten und Flüchtlinge als Sozialleistungsempfänger. Diese Finanzmittel stehen nicht mehr für die einheimischen Rentner und Bedürftigen zur Verfügung.
- Auch die hunderttausende von Ausreisepflichtigen, die nicht abgeschoben werden, belasten den Steuerzahler.
- All dies in einer Inflations-, Wirtschafts- und Energie- Krise zu stemmen, ist nicht mehr möglich.

Der deutsche Bürger hat schon längst das Gefühl: "Es reicht!"
Ein weiter so, wie bisher wäre unverantwortlich.

Mit alternativen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Stefan Kipfer". The signature is written in a cursive style and is centered on a light-colored rectangular background.

Fraktionsvorsitzender